kurz & bündig

01
2025

MIGRATION ALS FEINDBILD

UM WAS GEHT ES?

Politik und Gesellschaft ringen um den richtigen Kurs in der Migrations- und Asylpolitik. Das ist nichts Neues. Was allerdings neu ist, ist die Heftigkeit und Einseitigkeit, mit der die Debatte seit dem tödlichen Messerangriff in Solingen im August 2024 geführt wird. Fast alle scheinen sich einig zu sein: Solche Taten hängen mit «irregulärer Migration» zusammen. Deswegen müsse diese mit allen Mitteln bekämpft werden. Zu diesem Zweck werden die Rechte von Menschen auf der Flucht und von Asylsuchenden, die bereits hier leben, immer weiter eingeschränkt. Das Versprechen lautet: Mit mehr Abschiebungen und mehr Härte würde unser Land (wieder) sicherer werden. Und es wäre mehr Geld für andere Aufgaben da. Gleichzeitig wollen Staat und große Teile der Wirtschaft Arbeitskräfte aus anderen Ländern anwerben, zum Beispiel dringend benötigte Pflegekräfte. Hier gibt es ganz offensichtlich widersprüchliche Interessen.

WER VERTRITT WELCHE POSITIONEN UND INTERESSEN?

Alle im Bundestag vertretenen Parteien bis auf Die Linke fordern, «irreguläre Migration» zu beenden. Das im Oktober von der Ampelregierung verabschiedete sicherheitspolitische Maßnahmenpaket sieht deren Reduzierung vor. Dies soll durch erhebliche Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht geschehen. Die Hauptargumente dafür sind: Die Kommunen seien mit der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden überfordert. Außerdem sei die Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung am Ende. Der AfD und der CDU/CSU gehen die Maßnahmen der Ampelregierung nicht weit genug. CDU-Chef Friedrich Merz etwa verlangt die Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen und einen Aufnahmestopp für Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan. Andere CDU-Politiker wie Brandenburgs ehemaliger Innenminister Michael Stübgen wollen das individuelle Recht auf Asyl – eine historische Lehre aus der Schreckensherrschaft der Nazis – ganz aus dem Grundgesetz streichen.

18.646

Nur so viele Personen waren im Oktober 2023 tatsächlich ausreisepflichtig, d. h. mit abgelehntem Asylantrag und ohne Duldung in Deutschland.

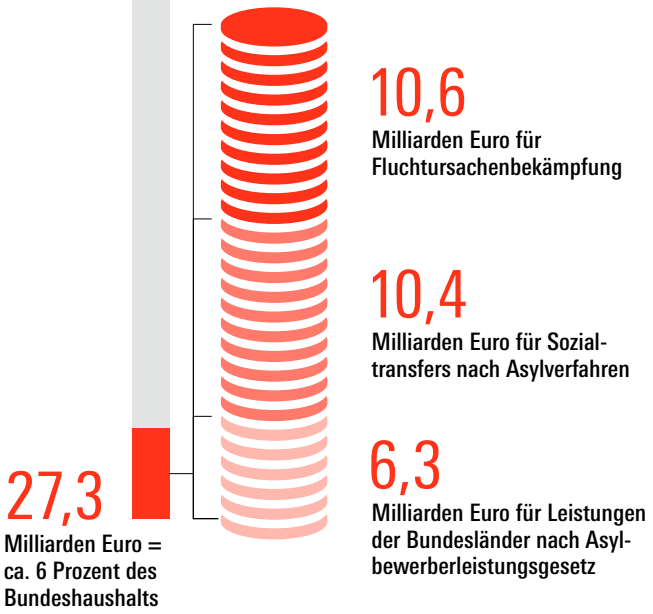
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Auch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben im Mai 2024 mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) weitreichende Verschlechterungen für Schutzsuchende beschlossen. Dazu zählen Asylschnellverfahren an den EU-Außengrenzen mit haftähnlicher Unterbringung selbst für Familien mit kleinen Kindern, kaum mehr rechtliche Beratung und eine Abkehr von Einzelfallprüfungen sowie Abschiebungen in Länder, wo Geflüchteten Gefängnis und Folter drohen.

Zugleich gehen Wirtschaftsverbände und -forschung von einem hohen Bedarf an Zuwanderung aus. Denn in Deutschland und anderen europäischen Ländern fehlt es bereits jetzt an allen Ecken und Enden an Arbeitskräften und Nachwuchs. Der sogenannte Fachkräftemangel betrifft vor allem den Bau, das Handwerk und die Industrie, aber auch das Erziehungs- und Gesundheitswesen. Seit 2022 hat der deutsche Staat mehrere neue Migrationsabkommen abgeschlossen, unter anderem mit Indien, Georgien, Marokko und Kenia. Einerseits sollen ausgewählte Personen aus diesen Staaten zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in Deutschland angeworben werden, andererseits will man abgelehnte Asylbewerber*innen dorthin abschieben.

Es gibt in der aufgeheizten Migrationsdebatte aber auch noch Stimmen, die jenseits von Sicherheits- und Nützlichkeitserwägungen die Einhaltung menschen- und völkerrechtlicher Verpflichtungen anmahnen. Dazu gehören zivilgesellschaftliche Bündnisse und Initiativen, Wohlfahrtsverbände, religiöse Organisationen und viele Wissenschaftler*innen. Sie stellen die migrationsfeindlichen Positionen als zum Teil irrational, zynisch, unmenschlich und schädlich für unser Land infrage. Zudem sagen sie: Der Umgang mit aus der Ukraine Geflüchteten zeigt, dass es noch immer eine Willkommenskultur in Deutschland gibt und eine unbürokratische Aufnahme von Schutzsuchenden möglich ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.

Flüchtlingsbezogene Ausgaben (2023)



EINIGE ZAHLEN UND FAKTEN

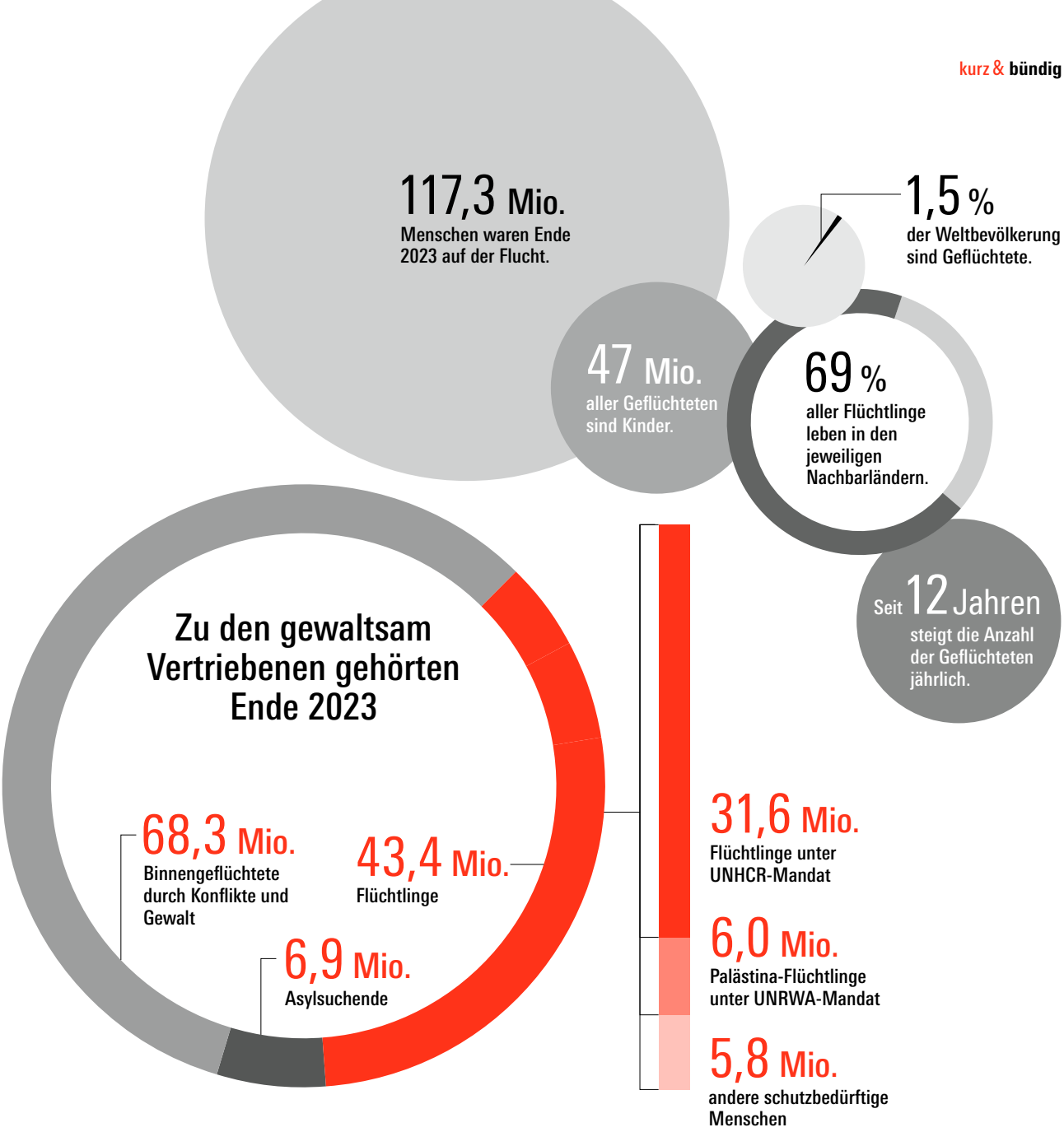
Wer flieht und wer kommt zu uns?
Noch nie waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Ende 2023 waren es 117,3 Millionen. Der Großteil der Menschen findet Zuflucht im eigenen Land oder in den jeweiligen Nachbarländern, das heißt, sie gelangen überhaupt nicht nach Europa. In Deutschland mit einer Gesamtbevölkerung von über 84 Millionen leben 13,8 Millionen Menschen mit nicht-deutschem Pass. 5,1 Millionen kommen aus anderen EU-Staaten und 8,7 Millionen aus Nicht-EU-Ländern (hauptsächlich Türkei, Ukraine, Syrien, Afghanistan und Russland). Ende 2023 hielten sich hier zudem rund 3,1 Millionen Schutzsuchende auf. Das sind Menschen, die sich im Asylverfahren befinden oder bereits einen Schutzstatus erhalten haben, darunter auch ukrainische Kriegsflüchtlinge. In Deutschland leben also deutlicher weniger Schutzsuchende als Zugewanderte aus der EU.

WAS KOSTET DIE AUFNAHME VON SCHUTZSUCHENDEN?

2023 gab der deutsche Staat 10,4 Milliarden Euro für Sozialleistungen wie Bürgergeld oder andere Hilfen für anerkannte Flüchtlinge aus. Die Bundesländer sind für die Unterbringung und Versorgung von Menschen im Asylverfahren zuständig. Sie gaben zusätzlich 6,3 Milliarden Euro für deren Unterkunft, Ernährung, Gesundheitsversorgung etc. und Hilfen zum Lebensunterhalt in Form von beschränkten Geldleistungen aus. Zum Vergleich: Zuletzt beliefen sich laut Umweltbundesamt die klimaschädlichen Staatshilfen (z. B. Subventionen im Verkehrssektor) auf 65 Milliarden Euro im Jahr.

WIE IST DAS ALLES EINZUSCHÄTZEN?

Zuerst einmal: Die Bezeichnung «irreguläre Migration» war bis vor Kurzem noch ein rechter Kampfbegriff. Inzwischen hat der Begriff seinen Weg in die Mitte der Gesellschaft gefunden und wird meist unhinterfragt verwendet. Damit wird vorgegaukelt, die Menschen kämen deswegen auf «illegalen» Wegen zu uns, weil sie gar keine richtigen Flüchtlinge sind. Dagegen spricht: Aktuell werden über 70 Prozent der inhaltlich bewerteten Asylanträge positiv entschieden. Außerdem gibt es für immer weniger Menschen legale Einreisemöglichkeiten nach Deutschland. Damit wird ein Großteil der Fluchtmigration «irregulär» gemacht und über die sprachliche Verbindung mit Kriminalität gezielt delegitimiert.



Was die Aufnahmefähigkeit der Kommunen und die Kosten betrifft: Niemand bestreitet, dass es hier erhebliche Herausforderungen gibt. Die größte hängt mit fehlenden Unterkünften zusammen. Es braucht deswegen veränderte Unterbringungsregeln für Schutzsuchende und grundsätzlich mehr bezahlbaren Wohnraum für alle. Zudem sollten die Kommunen finanziell entlastet werden, in denen besonders viele Asylsuchende unterkommen. Sie sollten ferner dazu befähigt werden, ihre Infrastruktur und personellen Kapazitäten (z. B. Erzieher*innen in Kitas oder Mitarbeiter*innen in den Ausländerbehörden) an die vorhandenen Bedürfnisse anzupassen. Allgemein ist festzuhalten: Überlastung und Überforderung auf der kommunalen Ebene gehen in der Regel auf gesamtgesellschaftliche strukturelle Probleme wie Wohnungsnot oder Arbeitskräftemangel zurück.

Was die Sicherheitslage betrifft: Anschläge oder Messerattacken wie die von Solingen sind schrecklich und verstärken Ängste. Dafür aber pauschal Migration verantwortlich zu machen, ist gefährlich und falsch. Viele Geflüchtete suchen selbst in Deutschland Schutz vor islamistischer Gewalt. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen zudem, dass vor allem Faktoren wie niedriges Einkommen, schlechte Bildung, eigene Gewalterfahrungen oder bestimmte Männlichkeitsnormen Gewalt- und Messerkriminalität begünstigen. Trotzdem führt nicht nur die Bundesregierung solche Taten auf die Herkunft und/oder die vermeintliche Kultur der Täter zurück. So geschehen auch in Diskussionen zum sogenannten Sicherheitspaket, das in Reaktion auf Solingen verabschiedet wurde. Hier wird Migrationsabwehr als Lösung für gesellschaftliche Gewaltprobleme präsentiert.

Zudem gibt es einen offensichtlichen Widerspruch in der deutschen Migrations- und Asylpolitik: Es kommen vermehrt Programme und Abkommen mit Staaten außerhalb der EU zum Einsatz, um den Arbeitskräftebedarf in Deutschland zu decken. Man hofft darauf, dass Menschen aus Ländern wie Brasilien, Kenia oder Indien Interesse daran zeigen, uns bei der Altenpflege oder der Digitalisierung der Verwaltung zu unterstützen. Zeitgleich werden Hunderttausende Asylsuchende in Sammelunterkünfte gezwungen und von Weiterbildung und Erwerbstätigkeit

«DER WIDERSPRUCH IN DER MIGRATIONSPOLITIK IST OFFENSICHTLICH: ES GIBT ABKOMMEN MIT STAATEN AUSSERHALB DER EU, UM DEN ARBEITSKRÄFTEBEDARF IN DEUTSCHLAND ZU DECKEN. ZUGLEICH WERDEN HIERZULANDE HUNDERTTAUSENDE ASYLSUCHENDE IN SAMMELUNTERKÜNFTE GEZWUNGEN UND VON WEITERBILDUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT AUSGESCHLOSSEN.»

ausgeschlossen. Zugleich tut man wider besseren Wissens so, als könne man mit der Begrenzung der Fluchtmigration fast alle Probleme moderner Gesellschaften lösen. Diese Art von Symbolpolitik befördert jedoch gesellschaftliche Spaltungen sowie rassistische Stimmungen, die Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen mit Einwanderungsgeschichte befördern. Das hält am Ende ausländische Fachkräfte davon ab, in Deutschland arbeiten zu wollen.

WAS IST ZU TUN?

Das gute Abschneiden der AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2024 hat wieder einmal bewiesen: Auch mit der harten Anti-Migrations-Rhetorik und -politik der bürgerlichen Parteien ist dem Problem der Rechtsentwicklung nicht beizukommen. Statt weiter Skepsis gegenüber Geflüchteten und Rassismus zu schüren, braucht es pragmatische Lösungen und Antworten auf verschiedenen politischen Ebenen: von Europa bis hin zu den Städten und kleinen Gemeinden. Es geht nicht nur um die Verbesserung der Zugangsbedingungen für Menschen, die aus verschiedenen Gründen ihr Land verlassen (müssen), sondern auch um die Verbesserung der Bedingungen, unter denen wir hier alle zusammenleben.

Dafür brauchen wir dringend:

— einen Paradigmenwechsel der deutschen und europäischen Migrations- und Asylpolitik: die solidarische Verteilung von Geflüchteten auf europäischer Ebene und die Schaffung sicherer Fluchtwege statt menschenverachtender Abschottung;

— die Aufhebung des Gegensatzes von Fluchtmigration und Fachkräfteeinwanderung: Geflüchteten muss der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt erleichtert werden;

— eine dauerhafte Stärkung kommunaler Strukturen und Institutionen durch ausreichende Finanzierung und mehr Personal;

— die Minderung der Wohnungsnot durch mehr sozialen Wohnungsbau und andere staatliche Interventionen und Förderprogramme;

— die Aufhebung der Schuldenbremse und eine Neuausrichtung der Steuerpolitik, um dringend benötigte integrations- und sozialpolitische Maßnahmen finanzieren zu können.

WEITERFÜHRENDE LEKTÜRE

Policy Brief
www.rosalux.de/publikation/id/52740/migrationspolitik

Online-FAQ
www.rosalux.de/themen/ungleichheit-soziale-kaempfe/migration-flucht

IMPRESSUM__kurz & bündig wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Henning Heine | Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de | ISSN (Print) 2944-7097, ISSN (Online) 2944-7100
Redaktionsschluss: Dezember 2024 | Autor: Gian Mecheril | Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin | Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.